

Was bringt den vbob voran?

1/2
mit dbb seiten

MAGAZIN

Januar/Februar 2019 • 69. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Ihr Start in das neue Jahr ist hoffentlich gut verlaufen. Ich wünsche Ihnen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2019.

Der dbb startet in das neue Jahr traditionell mit der Jahrestagung in Köln. Aufgrund des Hackerangriffs auf Politiker und Prominente musste Bundesinnenminister Horst Seehofer seine Teilnahme kurzfristig absagen. Er wurde vertreten durch den Parlamentarischen Staatssekretär im BMI, Stephan Mayer. In seiner Rede, in der PSt Stephan Mayer die Leistungen des öffentlichen Dienstes würdigte, bekräftigte er darüber hinaus, dass die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten dem Stand der Zeit angepasst werden müssen. Das zur Modernisierung der Besoldungsstruktur auf Bundesebene angekündigte Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz (BesStMG) liegt den Gewerkschaften bereits zur Stellungnahme vor. In dem bewährten Verfahren, unsere Fachgruppen vor Ort einzubinden, wird ihre Expertise in unsere Bewertung einfließen. In der nächsten Ausgabe des vbob magazins werden wir unseren Leserinnen und Lesern den Gesetzentwurf vorstellen und bewerten.

Die Digitalisierung der Verwaltung hat der vbob mit dem Motto des Bundesvertretertages zu einem seiner Schwerpunktthemen erklärt. PSt Stephan Mayer beschrieb die Digitalisierung als eine große Herausforderung.

Wir vertreten die Auffassung, dass die Digitalisierung nur gelingen kann, wenn sie nicht als reines IT-Projekt gesehen und umgesetzt wird. Die Arbeitsplätze der Zukunft benötigen einen zeitgemäßen und modernen Rahmen. Die digitale Transformation kann nur gelingen, wenn die Fragen über die Informationstechnik hinausgehend wie z. B. Arbeitszeit und Arbeitsformen, Eingruppierung und Tätigkeitsmerkmale, Beurteilungswesen und Laufbahnrecht, Aus- und Fortbildung ebenfalls in den Fokus genommen werden.

Im Hinblick auf die Wochenarbeitszeit der Bundesbeamtinnen und -beamten sagte der Staatssekretär in Köln:

„Sie wissen, dass die wöchentliche Arbeitszeit der Bundesbeamten von 41 Stunden nicht in Stein gemeißelt ist und nicht in Stein gemeißelt sein darf.“

Auch wenn im Koalitionsvertrag keine Änderung vorgesehen ist, hier gilt es dem guten Vorsatz auch gute Taten folgen zu lassen. Der vbob wird die Bundesregierung nicht aus der Pflicht entlassen und seine Bemühungen zur Rückführung der Arbeitszeit der Bundesbeamtinnen und -beamten fortsetzen.

Noch ein Blick zurück in das Jahr 2018. Am 19. Dezember habe ich im Bundesinnenministerium an dem Beteiligungsgespräch zum Entwurf der Zweiten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVVW) teilgenommen. Verwaltungsvorschriften finden häufig nicht die große Beachtung, dennoch sind sie wichtig, da ihr Inhalt die einheitliche Rechtsanwendung regelt. Im Bereich der Dienstreisen sind viele Beschäftigte von den Regelungen betroffen. Neben einigen positiven Anpassungen hätte sich der vbob bei einigen Regelungen, wie beispielsweise der Ausdehnung der Taxinutzung oder der Erhöhung der Hotelkosten, mutigere Schritte vorgestellt. Eine bürokratische Entlastung der Dienstreisenden und der Reisesstellen wäre die Folge gewesen.

Im Rahmen des Beteiligungsgesprächs wurde ebenfalls die Gelegenheit genutzt, auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Wegstreckenentschädigung sowie der Erhöhung des Tagegeldes hinzuweisen. Diese Punkte waren nicht Gegenstand der Verwaltungsvorschrift.

Abschließend noch einige Sätze zur bevorstehenden Tarifrunde der Länder. Die Bundestarifkommission des dbb hat kurz vor Weihnachten beschlossen, mit einer Forderung in Höhe von 6 % – mindestens 200 Euro – linearer Erhöhung der Tabellenentgelte bei einer Laufzeit von einem Jahr in die Tarifrunde zu gehen. Wir sind mit den Kolleginnen und Kollegen solidarisch und wünschen ihnen viel Erfolg bei den Verhandlungen. Die nächste Tarifrunde im Bundesbereich findet im Herbst 2020 statt.

Aktuell haben wir in Deutschland frostige Temperaturen. Passen Sie gut auf sich auf und kommen Sie gut und gesund durch den Winter.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

> Inhalt

> Was bringt den vbob im neuen Jahr voran?	4
> Aus den Fachgruppen: Besuch im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	6
> Wechsel im Fachgruppenvorstand des BAMF	6
> Vorstandswahlen in der Fachgruppe Bundesversicherungsamt	8
> Antrittsbesuch beim neuen Sprecher des Vorstandes der BImA	8
> Nachrufe	9
> Vor 40 Jahren ...	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> Neues von der Beihilfe	11
> Seminare des vbob 2019	12
> Weihnachtsfeier der Bonner Seniorengruppe	12
> Was wird aus unserer Weihnachtspost?	12

> dbb

> Einkommensforderung für Landesbeschäftigte: Die Wettbewerbsfähigkeit der Länder steht auf dem Spiel	13
> interview dbb Führungsspitze zur Einkommensrunde Länder 2019	14
> dbb Jahrestagung 2019: Vereint in Einigkeit und Recht und Freiheit?	16
> dbb akademie	22
> Zur Rolle des Personalrats in Zeiten der Digitalisierung	23
> Jahreswirtschaftsbericht 2019	24
> Fachkräftemangel: Der Wettbewerb verschärft sich	25
> beamtenrecht Länder und Kommunen: Besoldung und Versorgung verbessern	26
> dbb bundesfrauenvertretung	28
> dbb Nachwuchskampagne: Die UNVERZICHTBAREN gehen in die fünfte Staffel	30
> europa nachgefragt bei ... Michael Roth, Staatsminister für Europa	32
> seniorenen Eintritt in die PKV bei Rentenbeginn: Wechsel gesichert	34
> fall des monats	39
> reportage – Zoll Bremerhaven: Hotspot Hafen	40
> online	46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte. Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin. Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzende:** Rita Bering. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, Fotolia. **Titelbild:** © alsward / Fotolia.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** MEV und Fotolia. **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 36,00 € zzgl. 6,00 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,00 € zzgl. 1,30 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allart. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60 (dbb magazin) und Preisliste 39 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2018. **Druckauflage dbb magazin:** 599 309 (IVW 4/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**



Was bringt den vbob im neuen Jahr voran?

Der Jahresanfang ist ein guter Zeitpunkt, die Themen, Vorhaben und Ziele der kommenden Monate zu definieren. Daher ist es gute Tradition vieler Organisationen, sich zu Beginn eines Jahres in Klausur zu begeben. Ab diesem Jahr reiht sich auch die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte ein.

Eine Glaskugel hatte die Bundesvorsitzende nicht dabei, als sie am 14./15. Januar 2019 den vbob Bundesvorstand im CJD Tagungs- und Gästehaus Bonn Castell begrüßte. Da der Blick in die Glaskugel ausbleiben musste, galt es, sich die Zeit zu nehmen und gemeinsam die umfangreiche Tagesordnung zu behandeln. Auf der Agenda standen die Bestimmung, Diskussion und Entscheidung über die zukünftigen Aufgaben und Ziele des vbob.

Umfangreiche Tagesordnung

Den Auftakt bestimmte die Information zum Sachstand der Anträge der Fachgruppen an den Bundesvertretertag im vergangenen Juni und eine intensive Diskussion über die nächsten Schritte bei deren Bearbeitung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben darüber hinaus ihre weiteren Ziele

für das Jahr 2019 vorgestellt. Beispielhaft seien an dieser Stelle die Jahresplanung für das vbob Magazin, die Seminarplanung oder die wichtige Bearbeitung der diskriminierungsfreien Beurteilung genannt. Als Unterzeichner der Charta der Vielfalt wurde die Unterstützung der Ziele und entsprechende Aktionen am Deutschen Diversity-Tag am 28. Mai 2019 erörtert. Der Bundesvorstand sammelt Ideen zum Thema Diversity und freut sich über eine breite Beteiligung in den Fachgruppen vor Ort.

Weitere Schwerpunkte bestanden in der Erörterung

- > eines Positionspapiers zur Arbeitszeit,
- > der Vorbereitung der Personalratswahlen,
- > der Anforderungen an die Mitgliederbetreuung und
- > zu internen Entwicklungen im Rahmen der Mitgliederverwaltung.

➤ Eckpunktpapier zur AZV

Der Selbstbestimmung und der Arbeitszeitflexibilisierung kommt eine immer stärkere Bedeutung zu. Die aktuelle Arbeitszeitverordnung der Beamtinnen und Beamten des Bundes (AZV) wird den Ansprüchen der Beschäftigten nicht mehr gerecht und spiegelt die Arbeits- und Lebenswirklichkeit nicht wider. Eine wachsende Zahl von Beschäftigten will die Chancen, die moderne Kommunikationstechnik und Digitalisierung bieten, nutzen.

Die AZV regelt eine Vielzahl von Themenbereichen im Bereich von flexibler Arbeit über Schichtarbeit und Ruhepausen bis hin zu Langzeitkonten. Neben der Frage der Rückführung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten stehen aktuell insbesondere das mobile Arbeiten und die Forderung nach der Anerkennung von Reisezeit als Arbeitszeit im Fokus des vbob. Für die Sitzung des Bundeshauptvorstandes soll ein Positionspapier des vbob erarbeitet werden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales arbeitet verschiedenen Medienberichten zufolge derzeit an einem

Gesetzentwurf zum Rechtsanspruch auf Homeoffice. Im Hinblick auf die Veränderung der Arbeitswelt, den Wünschen der Beschäftigten und den steigenden Möglichkeiten für ein ortsunabhängiges Arbeiten durch die Digitalisierung kommt dieser Form der Arbeitsflexibilisierung eine wichtige Bedeutung zu. Wie konkret dieser Rechtsanspruch gestaltet werden soll, ist bisher noch nicht bekannt.

Vieles deutet momentan auf eine Fassung analog einer entsprechenden Regelung aus den Niederlanden hin. Dort ist der Arbeitgeber seit Anfang 2016 verpflichtet, entsprechende Anträge von Beschäftigten ernsthaft zu prüfen und zu beraten. Eine Ablehnung muss umfassend begründet werden.

Der Bundesvorstand begrüßt eine intensivere Befassung mit dem Thema. Das Gesetz kann in Zukunft eine einheitliche und verbindliche Anwendung in den Behörden sicherstellen. Die Bundesverwaltung muss sich verstärkt mit dem flexiblen und ortsunabhängigen Arbeiten auseinandersetzen, um am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Der vbob wird den Fortgang der Entwicklung kritisch verfolgen, sich an der Diskussion beteiligen und da-

rauf achten, dass der Arbeitgeber Bund ebenfalls auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz achtet.

➤ Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Dieser Grundsatz gilt nicht nur in der Politik. In der Bundesverwaltung werden im Jahr 2020 die nächsten turnusgemäßen Personalrats- und Jugendvertreterwahlen stattfinden. Die Vorbereitung und Durchführung ist für alle Beteiligten mit einem hohen Arbeitsaufwand und -pensum verbunden. All das bedarf einer guten Vorbereitung. Der vbob hat bei den vergangenen Wahlen gute Erfahrungen mit der Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe gemacht. Auch für die kommenden Personalratswahlen wurde deshalb beschlossen, eine AG Personalratswahlen zu installieren.

Das Herzstück der Gewerkschaft sind ihre Mitglieder. Für ihre Interessen arbeitet der Bundesvorstand. Die Umsetzung des Mottos „Nähe ist unsere Stärke“ prägt die Arbeit des vbob, gestaltet sich in der Praxis jedoch gelegentlich schwierig. Das betrifft speziell die Fachgruppen mit zahlreichen angeschlossenen Behörden oder Außenstellen, zum

Teil über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Die moderne Kommunikationstechnik bietet Unterstützung, ist aber nicht Allheilmittel in allen Fällen. Der Bundesvorstand hat beschlossen, in diesem Jahr ein Konzept für die Mitgliederbetreuung zu erarbeiten.

Der vbob verzeichnet seit Jahren steigende Mitgliederzahlen. Diese positive Entwicklung stärkt den Einfluss, bedeutet für den Bereich der Mitgliederverwaltung einen Aufwuchs an Arbeit. Die aktuell genutzte Ausstattung entspricht nicht mehr dem Stand der Technik und der Bundesvorstand hat daher beschlossen, diese nunmehr zeitnah an die gestiegenen Anforderungen anzupassen.

➤ Fazit

Im Ergebnis war es eine gute und produktive Klausurtagung. In knapp zwei Tagen kann man trotz „rauchender Köpfe“ keine vollständigen Konzepte erarbeiten. Die Impulse sind gesetzt, die Agenda für eine erfolgreiche Arbeit des vbob im Jahre 2019 ist aufgestellt. Nun gilt es, gemeinsam die Impulse zu nutzen und die Ergebnisse gemeinsam mit den Fachgruppen und Mitgliedern erfolgreich umzusetzen. Das bringt den vbob voran. *rb*



➤ Der Bundesvorstand berät zwei Tage über die Arbeitsaufträge und Ziele für 2019.

Aus den Fachgruppen

Besuch im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Keine andere Behörde stand in den letzten Jahren so im Fokus der Öffentlichkeit wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Mit Beginn der Flüchtlingskrise und dem Rücktritt des damaligen Präsidenten Dr. Manfred Schmidt im September 2015 gab es an der Führungsspitze der Behörde mehrere Wechsel. Seit Juni 2018 ist nun Dr. Hans-Eckhard Sommer, vorher als Referatsleiter im Bayerischen Innenministerium, zuständig für das Asyl- und Ausländerrecht, Präsident des BAMF.

Im Vorfeld der Personalversammlung des BAMF nutzte die Bundesvorsitzende Rita Berning deshalb am 12. Dezember 2018 die Gelegenheit zum Antrittsbesuch und zu einem Gespräch mit Herrn Dr. Sommer. Begleitet wurde Rita Berning hierbei von der am 8. November 2018 neu gewählten Fachgruppenvorsitzenden Stephanie Zemke. Rita Berning sprach mit

Dr. Sommer über die zahlreichen Entfristungen, die man in 2018 umsetzen konnte und mit denen man viele gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig ans BAMF binden konnte. Auch im Stellenhaushalt 2019 sind Hunderte weitere Stellen vorgesehen. Auch diese sollen so schnell wie möglich besetzt werden. Ein großes Ziel von Dr. Sommer ist es, das BAMF nach den schwie-



> Die neu gewählte FG-Vorsitzende Stephanie Zemke, Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer und Rita Berning (von links)

rigen letzten Jahren wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen. So wird es zum Beispiel zeitnah in allen Laufbahnen zahlreiche Verbeamtungsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigten des BAMF geben.

An der aktuellen Außenstellenstruktur hält Dr. Sommer fest. Den Beschäftigten an den Standorten, deren Schließung bereits beschlossen war, ist

Unterstützung bei der Jobsuche zugesagt worden.

Problematisch für die Beschäftigten seien die aktuell langen Wartezeiten bei Beihilfe und Reisekosten, merkte Dr. Sommer an. Hier bat Dr. Sommer im Sinne seiner Beschäftigten den vbob um Unterstützung.

S. Zemke

Wechsel im Fachgruppenvorstand des BAMF

Bereits am 8. November 2018 fand die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) statt, an der zur Vorbereitung der Personalversammlung im BAMF auch die Bundesvorsitzende Rita Berning teilnehmen konnte.

Während der Mitgliederversammlung wurden auch die Neuwahlen des Fachgruppenvorstandes durchgeführt.

Der bis dahin Vorsitzende Steffen Kollmann möchte sich künftig mehr auf seine Familie konzentrieren und trat daher aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wahl an. Die bisherige stellvertretende Vorsitzende Stephanie Zemke



übernimmt nun die Arbeit und wird dabei unter anderem von den beiden Stellvertretern Andreas Götz und Marie Kossin tatkräftig unterstützt.

Der neue Fachgruppenvorstand bedankt sich bei Steffen Kollmann für seine langjährige Arbeit in der Fachgruppe und wünscht ihm für seine private und berufliche Zukunft alles Gute.

S. Zemke

> Der neu gewählte FG-Vorstand stellt sich vor.

Vorstandswahlen in der Fachgruppe Bundesversicherungsamt



> Der neu gewählte FG-Vorstand: Josefine Neidt, Volker Sebastian, Martin Rehberg, Axel Osterwold, Claudia Hochholzer (von links).

Am 22. November 2018 fand die ordentliche Mitgliederversammlung der Fachgruppe 22 – Bundesversicherungsamt in Bonn statt. Zu Beginn informierte die Vorsitzende Josefine Neidt über den Bundesvertretertag in Berlin, die Sitzung des Bundeshauptvorstandes in Thomasberg sowie die Unterstützung der Petition „Rückführung der Arbeitszeit für Beamtinnen/Beamte“ durch den vbob. Weiteres Schwerpunktthema war die Mitgliedererwerbung auch im Hinblick auf

die Personalratswahlen. Nach dem Vortrag des Schatzmeisters und der Verlesung des Berichts der Kassenprüfer über die durchgeführte Kassenprüfung erfolgte die Entlastung des Vorstandes.

Im Anschluss daran standen die turnusmäßigen Vorstandswahlen auf der Tagesordnung. Für den Vorsitz kandidierte erneut Josefine Neidt und wurde nach Auszählung der Briefwahlstimmen und der Abstimmung in der Versammlung

ebenso im Amt bestätigt wie Martin Rehberg als stellvertretender Vorsitzender, Volker Sebastian als Schatzmeister sowie Claudia Hochholzer als Beisitzerin und Axel Osterwold als Beisitzer.

Als Kassenprüfer wurden erneut Franco Grubert und Matthias Schmidt gewählt. Des Weiteren besteht nach wie vor unsere Mediengruppe mit Uwe Janßen-Ludwig, Matthias Schmidt, Carsten Wölm und Ronny Wolf. Die neue Funktion

eines Seniorenbeauftragten wurde Karlheinz Tillmann übertragen.

Der Vorstand bedankte sich für das durch die Wahl ausgesprochene Vertrauen und kündigte an, die Arbeit für die Fachgruppe engagiert fortsetzen zu wollen.

Die Mitgliederversammlung klang schließlich in gemütlicher Gesprächsrunde bei einem Imbiss aus.

J. Neidt

Antrittsbesuch beim neuen Sprecher des Vorstandes der BlmA

Zu einem ausführlichen und konstruktiven Gespräch trafen am 7. Dezember 2018 in Bonn die Bundesvorsitzende des vbob, Rita Berning, und der Fachgruppenvorsitzende der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA), Lothar Hermes, mit dem neuen Sprecher des Vorstandes, Herrn Dr. Christoph Krupp, zusammen.

Zentrale Themen des Gespräches waren das Leitplankenpapier zur strategischen Ausrichtung der BlmA und der Sparte Facility Management sowie die im Koalitionsvertrag vorgesehene Wohnungsfürsorge. Beide Papiere beschreiben besondere Herausforderungen für die Bundesanstalt.

Die Vorstellungen von Dr. Krupp zur Umsetzung der Erkenntnisse aus der Bereisung der Hauptstellen Facility Management im August durch das Vorstandsmitglied Paul Johannes Fietz und den Spartenleiter FM, Lutz Leide, wurden disku-

tiert. Sehr positiv wurde die Unterstützung der Politik durch die Bewilligung von Haushaltsstellen empfunden, da die Befristungspolitik der Vergangenheit zu erheblichen Problemen geführt habe. Die Befristungsquote konnte deutlich und erkennbar gesenkt werden, was die Aufgabenerledigung stärkt und zu einer deutlichen Motivation der Beschäftigten beiträgt. Die vorgesehene Teambildung in der Sparte Facility Management durch die verstärkte Ausprägung des Bauunterhaltes und der Betreiberverantwortung wurden von Rita Berning und Lothar Hermes ausdrücklich begrüßt.

Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Beschäftigte, auch in der Bundesverwaltung, ein drän-

gendes Thema. Die Regierungsparteien haben das erkannt und werden sich auf diesem Gebiet durch die BlmA stärker engagieren.

Der vbob begrüßt die entsprechende Aufnahme in den Koalitionsvertrag. Auf dem Wohngipfel im September 2018 im Bundeskanzleramt wurde die Rolle der Bundesanstalt abermals hervorgehoben. Für die BlmA stellt der Auftrag eine veränderte Aufgabe dar. Von der Veräußerung hin zur Schaffung von Wohnraum. Für eine erfolgreiche Umsetzung müssen Ideen und Prozesse entwickelt werden, erläuterte Dr. Krupp. Die mit der neuen Aufgabe einhergehenden Veränderungen hin zu einer modernen Wohnungsverwaltung sehe er für die BlmA positiv.

Die Zusammenarbeit mit den Bauverwaltungen der Länder wurde ebenfalls mit Dr. Krupp diskutiert und kritisch hinterfragt. Den Landesbauverwaltungen steht häufig keine ausreichende Personalausstattung zur Verfügung, um die zahlreichen Projekte zu begleiten. Im Ergebnis beklagen Behörden und Dienststellen derzeit einen Sanierungsstau im erheblichen Umfang. Rita Berning warf die Frage auf, ob eine BlmA mit eigener Bauabteilung hier schnellere Abhilfe schaffen könne. Die Zusammenarbeit mit den Bauverwaltungen der Länder sei trotz aktueller Beschwerden im Grunde bewährt, so Dr. Krupp. Dennoch müsse insbesondere im Hinblick auf die dringend notwendigen Bauerhaltungsmaßnahmen in vielen Behörden über Alternativen nachgedacht werden. Dem Sprecher des Vorstandes wurde in dieser Frage die Unterstützung des vbob angeboten und zugesagt.

lh



> Dr. Christoph Krupp (Mitte) dankte Rita Berning und Lothar Hermes für den konstruktiven Dialog und das Unterstützungsangebot und zeigte sich für weitere Gespräche mit der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte und der Fachgruppe offen.

> NACHRUF

Wie dem vbob erst jetzt bekannt wurde, verstarb bereits im September 2018 unser Ehrenmitglied

Herr Ministerialrat a. D.

Dr.-Ing. Hans-Peter Baumert

im Alter von 81 Jahren.

1986 führte ihn seine berufliche Laufbahn zum neu gegründeten Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Hier gehörte er zu den Beschäftigten der ersten Stunde und wurde zum ersten Vorsitzenden der im August 1986 neu gegründeten vbob Fachgruppe BMU und des Personalrates des BMU gewählt. In dieser Funktion bestimmte er die Geschicke für die Beschäftigten durch sein hoch motiviertes Eintreten für sozial verträgliche Regelungen beim Umzug von Parlament und Regierung.

Dr. Baumert war bis 1996 Vorsitzender der Fachgruppe und wurde im Oktober 1993 vom vbob Bundeshauptvorstand, aufgrund einer notwendig gewordenen Nachwahl, zum Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. Diesem gehörte er bis 2002 an.

Kollege Baumert hat sich in seiner langjährigen Tätigkeit als Fachgruppenvorsitzender im BMU engagiert für die Aufgaben und Ziele des vbob eingesetzt und war insbesondere in seiner neunjährigen Zugehörigkeit im Bundesvorstand mit großem Engagement und profunder Sachkenntnis Anlaufstelle und wichtiger Berater für die vbob Personalvertretungen.

In Anerkennung seiner herausragenden Verdienste für den vbob wurde er auf dem Bundesvertretertag 2002 in Berlin einstimmig zum VBOB-Ehrenmitglied gewählt.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Unser besonderes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Der vbob Bundesvorstand

Die Fachgruppe BMU

> NACHRUF

Am 10. Januar 2019 verstarb im Alter von 58 Jahren unser ehemaliges Bundeshauptvorstandsmitglied

Marion Mai

Wir nehmen Abschied von einem lieben Menschen, dessen plötzlicher Tod uns erschüttert und in tiefe Trauer versetzt hat.

In ihrer rund 26-jährigen Tätigkeit als vbob Mitglied im Personalrat Pullach hat Marion Mai nicht nur stets sehr gute und außerordentlich engagierte Arbeit geleistet. Im Personalrat hat sie sich auch ganz besonders für die sozialen Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen eingesetzt, war eine gesuchte Ansprechpartnerin, deren Rat und Hilfe stets gefragt war.

Durch ihre unermüdliche Arbeit hat sie maßgeblich dazu beigetragen, dass die Einrichtung des Gesamtpersonalrats im BND einschließlich der dazu nötigen Änderung im Bundespersonalvertretungsgesetz umgesetzt werden konnte.

Marion Mai war von 2014 bis 2018 Vorsitzende der vbob Fachgruppe München.

Die Fachgruppe und der gesamte vbob verliert mit ihr eine Institution, eine geschätzte Kollegin, aber viele auch eine gute Freundin. Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrem Ehemann.

In tiefer Trauer.

Der vbob Bundesvorstand

Die Fachgruppe München

Vor 40 Jahren ...

Karl Carstens wird deutscher Bundespräsident. Margaret Thatcher wird Premierministerin von Großbritannien. Mutter Teresa erhält den Friedensnobelpreis. Deutscher Meister wird der Hamburger SV. DFB-Pokalsieger ist Fortuna Düsseldorf. Rainer Schwierczinski wird Mitglied des vbob.



> Anlässlich des Jubiläums überreichte die Bundesvorsitzende Rita Berning dem Ehrenvorsitzenden die Urkunde zur 40-jährigen Mitgliedschaft und würdigte die langjährige Treue und seinen unermüdlichen Einsatz für den vbob. Rainer Schwierczinski freute sich über die Ehrung am Rande der dbb Jahrestagung im Kreise zahlreicher Mitglieder und Weggefährten.

Als Rainer Schwierczinski im Januar 1979 in den vbob eintrat, hieß dieser noch Verband der Beamten der obersten Bundesbehörden. Im Laufe der Jahre haben sich der vbob und die Bundesverwaltung verändert, und Rainer Schwierczinski hat als Gewerkschafter und Personalrat viele dieser Entwicklungen gestaltet.

Mit großem Engagement hat er bereits ab 1980 im Bundesamt für den Zivildienst als Schriftführer und stellvertretender Vorsitzender und ab 1987 als Vorsitzender die Fachgruppe geführt. In den Bundesvorstand wurde Rainer Schwierczinski 1983 als Beisitzer gewählt.

Diese Funktion hatte er zehn Jahre inne. In diese Zeit fielen unter anderem die deutsche Wiedervereinigung, der Beschluss des Deutschen Bundestages zur Vollendung der deutschen Einheit und auch die Umbenennung des vbob in den Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden. Ab 1993 folgten sechs Jahre als stellvertretender Bundesvorsitzender und

schließlich auf dem Bundesvertretertag 1998 die Wahl zum Bundesvorsitzenden des vbob.

Es folgten zehn Jahre mit unzähligen Begegnungen und Gesprächen mit Abgeordneten, Ministern, Staatssekretären und nicht zuletzt mit Fachgruppenvorsitzenden und den Beschäftigten vor Ort. Mit großem Engagement und Geschick führte er den Verband. Selbst bei größter Termindichte hatte er immer ein offenes Ohr für die Mitglieder. Es war ihm ein wichtiges Anliegen, in seiner Amtszeit die zunehmende Zahl von organisatorischen Veränderungen durch Behördenschließungen, -gründungen oder -ausgliederungen und die Verwaltungsmodernisierung für die Beschäftigten positiv zu gestalten. Unter seiner Leitung wuchs die Mitgliederzahl des vbob stetig. Als Rainer Schwierczinski im Jahre 2007 zum Vizepräsidenten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ernannt wurde und vom Amt des vbob Bundesvorsitzenden zurücktrat, wählten ihn die Mitglieder des Bundeshauptvorstandes zum Ehrenvorsitzenden. rb

Kommentierte Pressestimmen

„Sparsamkeit besteht nicht daraus, Geld zu sparen, sondern darin, es klug auszugeben.“

(Huxley)

Die Personalnot im öffentlichen Dienst – wohin man auch blickt – wird immer offensichtlicher und für uns alle täglich immer spürbarer; sei es im Gesundheitswesen, in Krankenhäusern oder bei den Polizeien der Länder. In den Verwaltungen liegen haufenweise unerledigte Anträge und Baugenehmigungen – und dies bei dem vorherrschenden Wohnungsmangel –, weil einfach das Personal fehlt. Überfällige Brücken- und Straßensanierungen bleiben im wahrsten Sinne des Wortes „auf der Strecke“! Damit kommt der laufenden Tarifrunde der Länder eine besondere Bedeutung zu.

„Gewerkschaften demonstrieren vor Länder-Tarifrunde Selbstbewusstsein“ (dpa, 3. Januar 2019). Knapp drei Wochen vor dem Start der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Bundesländer machen die Gewerkschaften Druck. Kräftige Einkommenszuwächse im Tarif- und Beamtenbereich seien zwingend, sagte der Vorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, der Deutschen Presse-Agentur in Berlin.

Silberbach betonte: „Es kommt auf das Einkommen, attraktive Perspektiven und Wertschätzung an. Das ist die Währung in Zeiten, in denen uns schon heute mehr als 200 000 Menschen im Staatsdienst fehlen.“ In Gefahr sei die zentrale Aufgabenerledigung in allen Bereichen der Daseinsvorsorge. Im Vergleich mit anderen Branchen ist der prognostizierte Personalmangel im Staats-

dienst mit Abstand am größten. Unterschiedliche Tarife hätten die Arbeits- und Einkommensbedingungen im öffentlichen Dienst insgesamt „ganz schön bunt gemacht“, so Silberbach weiter. Die Politik forderte er zum Nachdenken darüber auf, dass drängende Probleme gelöst werden könnten, wenn durch eine Konsolidierung der Verhältnisse Zeit und Kapazitäten freigeschaufelt würden. Die Gewerkschaften fordern sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 200 Euro pro Monat mehr. Ab 21. Januar verhandeln die Gewerkschaften und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über das Einkommen für rund eine Million Angestellte. Erfahrungsgemäß bekommen viele Bürger die Tarifaussensetzung im öffentlichen Dienst durch Ausstände zu spüren. Insgesamt geht es um 2,3 Millionen Beschäftigte. Die angestrebte Tarifeinigung soll

auf die 1,2 Millionen Beamten von Ländern und Kommunen übertragen werden sowie auf etwa eine Million Pensionäre.

Auch auf der dbb Jahrestagung 2019 in Köln ging es einmal mehr um die Zukunft und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes. So stellte hier der Innenstaatssekretär Stephan Mayer eine kürzere Wochenarbeitszeit für Bundesbeamte in Aussicht, um auch in Zukunft genug Personal zu gewinnen. Das Bundesinnenministerium hat Beamten eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Aussicht gestellt. „Die wöchentliche Arbeitszeit von 41 Stunden ist nicht in Stein gemeißelt“, sagte Bundesinnenstaatssekretär Stephan Mayer auf der Jahrestagung in Köln.

Im Berliner Koalitionsvertrag sei dazu zwar nichts vermerkt, aber das Thema dürfe „nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag“ verschoben werden, sagte Mayer. Auch ein Langzeitarbeitskonten-Modell solle 2020 evaluiert werden. Der Staat als Arbeitgeber muss zunehmend um qualifizierte Arbeitskräfte kämpfen. Zwar steht der öffentliche Dienst Umfragen zufolge zurzeit an erster Stelle der attraktivsten Arbeitgeber noch vor der Auto- oder IT-Industrie.

Den höheren Gehältern in der Privatwirtschaft versucht der Bund aber bessere Arbeitsbedingungen entgegenzusetzen, um auch in Zukunft mithalten

zu können. Mayer machte den Bundesbeamten auch in anderer Hinsicht Hoffnungen auf bessere Arbeitsbedingungen. Im Rahmen der Modernisierung der Besoldungsstruktur sollen demnach die Zulagen deutlich erhöht werden, neue sollen hinzukommen. So soll es eine Erschwerniszulage für solche Bundespolizeibeamte geben, die Abschiebeflüge von Flüchtlingen begleiten, weil diese Aufgabe durch besondere Härten gekennzeichnet sei. Auch sollen Auslandsverwendungszuschläge erweitert und erhöht werden wie auch Anwärterbezüge, Letztere zwischen 7 und 17 Prozent.

Auch die Kinderzuschläge könnten steigen. Diese Pläne stehen in einem Referentenentwurf, dem die anderen Ministerien noch zustimmen müssen. Um Nachwuchskräfte zu gewinnen, sieht Mayer den Bund auch in der Pflicht, für preisgünstigen Wohnraum in Großstädten zu sorgen, die für Beamte mit Familien auch im gehobenen Dienst kaum noch erschwinglich seien. Bisher habe das Innenministerium schon für über 1.000 Personen Wohnraumrechte erworben.

Fazit: Die Herausforderungen und Erwartungen an die Tarifvertragsparteien und Arbeitgeber sind hoch, die Aussichten für die Beschäftigten zur weiteren Entwicklung im öffentlichen Dienst bleiben weiterhin spannend.

cm

Neues von der Beihilfe

Direktabrechnung: Krankenhaus – Beihilfestelle

Bundesverwaltungszentrum
 Dienstleistungszentrum

DLZ

**Merkzettel für den Antrag auf
Direktabrechnung im Krankenhaus**

Beihilfe-Identifikationsnummer:

Angaben zur Beihilfestelle

Anschrift:

Telefon: Fax:

Internet: www.beihilfe.bund.de

© vbob

Nach Inkrafttreten der letzten Änderung der Beihilfeverordnung am 31. Juli 2018 besteht nunmehr erfreulicherweise die Möglichkeit, dass Krankenhäuser ihre Leistungen unmittelbar mit den Beihilfestellen abrechnen können.

Grundlage dieses Direktabrechnungsverfahrens ist eine Rahmenvereinbarung des BMI mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft.

Es scheint mir wichtig, auf einige wesentliche Punkte dieses Verfahrens hinzuweisen:

- > Die Teilnahme von Krankenhausträgern an der Direktabrechnung ist freiwillig.
- > Gegenstand des Abrechnungsverfahrens sind allgemeine Krankenhausleistungen und gegebenenfalls Wahlleistungen.
- > Krankenhäuser, die an diesem Verfahren teilnehmen möchten, können gegenüber dem BMI den generellen Beitritt zur Rahmenvereinbarung oder
- > einzelfallbezogen eine Direktabrechnung erklären.

Der Krankenhausträger muss der Beihilfestelle zunächst schriftlich die Rechnung und einen Antrag auf Direktab-

rechnung sowie die Aufnahme- und Entlassungsanzeige des Patienten übermitteln. Angestrebt wird für die Zukunft ein elektronischer Datenaustausch.

Für das Abrechnungsverfahren benötigt das Krankenhaus vom Patienten die Beihilfe-identifikationsnummer sowie Anschrift und Erreichbarkeit der jeweiligen Beihilfestelle.

Diese Daten sollte man in einem „Merkzettel“ im Scheckkartenformat zur Hand haben.

Der „Merkzettel“ kann über die Webseite des [BVA](#) > [Service des BVA](#) > [Bundesbedienstete](#) > [Beihilfe](#) > [Merkblätter und Informationen](#) > [Direktabrechnung zwischen Krankenhaus und Beihilfestelle](#) ausgedruckt werden.

Da das Direktabrechnungsverfahren erst angelaufen ist, sollte anlässlich eines Krankenhausaufenthaltes bei der Anmeldung geklärt werden, ob eine Direktabrechnung möglich ist oder die bisherigen Abrechnungsmodalitäten gelten.

jp

Seminare des vbob 2019

Für das Jahr 2019 bieten wir in Zusammenarbeit mit der dbb akademie folgende Seminare an:

Diese Seminare beginnen und enden jeweils mittags. Die Seminargebühr für die „B“-Veranstaltungen beträgt 132 Euro. Dies ist der Preis, der dem vbob von der dbb akademie in Rechnung gestellt wird. Der Preis beinhaltet Übernachtung und Vollpension für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sofern ein vbob Mitglied privat – also als vbob Mitglied teilnimmt – wird ein Eigenanteil in Höhe von 25 Euro vom vbob beim Mitglied eingefordert. Das vbob Mitglied erhält von der dbb akademie eine Fahrtkostenerstattung in Höhe von 0,30 Euro je Entfernungskilometer.

- **JAV-Schulung**
24.–26. März 2019
dbb akademie
2019 B072 CH
Königswinter-Thomasberg
- **Unterweisung von Azubi am Arbeitsplatz**
12.–14. Mai 2019
dbb akademie
2019 B111 CH
Königswinter-Thomasberg
- **Stressbewältigung**
24.–26. November 2019
dbb akademie
2019 B259 CH
Königswinter-Thomasberg

Sofern vbob Mitglieder die Veranstaltungen als dienstliche Fortbildung beziehungsweise Schulung gemäß § 46 Abs. 6 BPersVG besuchen, berechnet der vbob der Dienststelle die Seminargebühr.

Das „P“-Seminar ist ein Seminar mit Kostenübernahme durch die Dienststellen und Abwicklung der Reisekosten wie bei Dienstreisen. Auch ein „P“-Seminar beginnt und endet mittags.

Seminare des vbob zum Personalvertretungsrecht 2019

- **Schulung Wahlvorstände**
15.–17. Oktober 2019
dbb akademie
2019 P006 CH
Königswinter-Thomasberg
- **Schulung Wahlvorstände**
20.–22. November 2019
Hotel Fulda
2019 P008 CH

Anmeldungen bitte grundsätzlich bis spätestens **acht Wochen** vor Seminarbeginn!

Ansprechpartner für die Seminare ist:

Christian Maas, Beisitzer im Bundesvorstand
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Telefon 0228.99615-2593

➤ Weihnachtsfeier der Bonner Seniorengruppe

Am 4. Dezember 2018 fand im Kasino des BMI (Bonn) die Weihnachtsfeier der Seniorengruppe des vbob statt. Zu der Feier waren bei Kaffee und Kuchen auch die Ehepartner eingeladen. Die Stimmung war hervorragend. Schnell entwickelten sich interessante Gespräche.

Die Seniorinnen und Senioren des vbob aus Bonn treffen sich jeden 1. Dienstag im Monat um 14 Uhr im Kasino des BMI in der Rheindorfer Straße zum Gedankenaustausch. Die Gruppe freut sich über jeden Neuzugang. Alle Termine werden vorher im vbob Magazin angekündigt. Die Teilnehmenden beurteilen die Zusammenkünfte als sehr informativ. Darüber hinaus werden auch weitere Veranstaltungen durchgeführt. Der nächste Jahresausflug zum Beispiel wird schon jetzt geplant.

Unser Dank gilt Joachim Politis, Bundesvertreter der Mitglieder im Ruhestand, der die Aktivitäten gemeinsam mit Manfred Heinrich und Horst Winter organisiert hat.

D. Tischmann



© Tischmann

➤ Was wird aus unserer Weihnachtspost?



© vbob

Viele Feiertagsgrüße finden sich nach kurzer Freude im neuen Jahr in Papierkörben wieder. Deshalb wird der vbob auch weiterhin auf den Versand von Weihnachtskarten verzichten und das eingesparte Geld spenden.

Allen, die auch 2018 auf Weihnachtspost vom vbob gewartet haben, sei gesagt, dass wir auch in diesem Jahr eine sinnvolle Einrichtung mit engagierten Ehrenamtlern gefunden haben, die unsere Spende gut verwenden werden. Der Verein „Wohngemeinschaft für Flüchtlingskinder Nürnberg e. V.“ kümmert sich seit bereits fast 25 Jahren um die speziellen Belange von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (www.fluechtlingskinder-nuernberg.org).

In der Wohngemeinschaft leben derzeit sechs weibliche und sechs männliche Jugendliche in Vollzeitbetreuung. Sie erfahren dort neben vielfältiger Unterstützung einen strukturierten Tagesablauf. Neben dem Besuch der Schule wird durch ergänzende Nachhilfe besonderer Wert auf das Erlernen der deutschen Sprache gelegt.

vbob Bundesvorsitzende Rita Berning nutzte einen Besuch beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, um sich persönlich einen Eindruck von der Einrichtung zu machen und die Spende von 500 Euro zu überbringen. Unser Kooperationspartner, die BBBank, hatte sich spontan entschlossen, diese besondere Initiative ebenfalls mit 250 Euro zu unterstützen. So konnten Angelika Weikert, der 1. Vorsitzenden des Vereins, und Dominik Langer, dem Leiter der Wohngemeinschaft, ein Spendenscheck von insgesamt 750 Euro überreicht werden. Der Besuch endete mit einem gemeinsamen Abendessen.

rb